

# **Zusammenfassung der Stadtratssitzung vom 28.11.2012**

## **Bericht des Oberbürgermeisters und Anfragen aus dem Stadtrat**

### **Kosten der Bahnlinien-Reaktivierung**

Bei einem Arbeitsgespräch im November zur Reaktivierung der Bahnlinie von Dombühl nach Dinkelsbühl zeigte sich, dass die Kosten von knapp 5 Mio Euro zur Reaktivierung von der zuständigen BayernBahn nicht zu schultern sein werden. OB Dr. Hammer informierte den Stadtrat darüber, dass er deshalb in einem Schreiben an den Bundesverkehrsminister angefragt hat, ob die laut Josef Göppel (MdB) dafür zur Verfügung stehenden Bundesmittel bereit gestellt werden können. Ebenso ging ein OB-Schreiben an den Landrat, dass bei der Reaktivierung die Strecke Dinkelsbühl-Wilburgstetten-Nördlingen mit berücksichtigt werden muss.

### **Zuschüsse für die Stadtmühle**

OB Dr. Hammer teilte mit, dass die Zusage des um 150.000 Euro erhöhten Förderbetrags (insgesamt 350.000 Euro) der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zum Umbau der Stadtmühle nun schriftlich vorliegt.

Ebenso hat die Bay. Landesstiftung eine Zuwendungsrate von 6.000 Euro überwiesen.

Zuschuss für die Jugendherberge

Für die Modernisierung der Jugendherberge liegt vom Bay. Staatsministerium für Unterricht und Kultus der Förderbescheid über einen Zuschuss von 50.000 Euro für das Jahr 2012 vor.

### **Bauarbeiten an Stadtmauer**

Der vorzeitige Maßnahmenbeginn für eine Förderung des Bay. Landesamts für Denkmalpflege für die Renovierungsarbeiten an der Stadt- und Zwingermauer ist eingegangen, so dass mit den Arbeiten begonnen werden kann.

### **Zuschuss für Rüstwagen**

Der Kreisausschuss hat für einen neuen Rüstwagen der Freiwilligen Feuerwehr Dinkelsbühl einen Zuschuss in Höhe von 75.075 Euro beschlossen.

### **Digitalfunk in der Dinkelsbühler Altstadt**

Bedingt durch die historische Stadtmauer ist in Teilen der Innenstadt von Dinkelsbühl keine Funkversorgung vorhanden, so dass nun über die Ertüchtigung des bestehenden Funkmasts des Bay. Rundfunks der Empfang sichergestellt wird.

### **Stadtratssitzung mit dem Bundesvorstand der Siebenbürger Sachsen**

Vom Verband der Siebenbürger Sachsen liegt der Wunsch einer Sitzung mit dem Dinkelsbühler Stadtrat am 8. März 2013 vor. Dem wird entsprochen werden.

### **Wiedereinführung der Altkennzeichen**

Auf Nachfrage von Hans-Peter Mattausch (CSU) erläuterte OB Dr. Hammer, dass die Bundesratsentscheidung für eine Wiedereinführung der Altkennzeichen staatliches Recht ist und somit die Staatsregierung eine einheitliche bayernweite Regelung treffen sollte.

### **Volksbegehren zu den Studiengebühren**

Bernd Lober (SPD) fragte, wie bei dem wahrscheinlich im Januar stattfindenden Volksbegehren für die Abschaffung der Studiengebühren die Rathaus-Öffnungszeiten sein werden. Sie werden wie bei den vorhergehenden Volksbegehren sein.

### **Regionale Sitzungsverpflegung**

Gerhard Zitzmann (B90/DieGrünen) wurde zugesichert, dass die Verwaltung sich um regionale Sitzungsverpflegung bemüht.

### **Betrieb des Wertstoffhofes wird durch das BRK fortgeführt**

Der Verein „Brücke zur Arbeit e.V.“ hat im Sommer 2011 probeweise bis zum 31.12.12 den Betrieb des Wertstoffhofes und der Grüngutannahme am Wertstoffhof übernommen. Der Verein ist mittlerweile in den BRK-Kreisverband Ansbach übergegangen. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung einstimmig beschlossen, mit den bisherigen Bedingungen die Aufgaben im Wertstoffhof dem BRK über den 31.12.12 hinaus zu übergeben. Paul Beitzer (SPD) macht darauf aufmerksam, dass ein zweites Eingangstor, wie zu den Baulast-Regelungen im Beschluss festgehalten, zeitnah wünschenswert wäre.

### **Jahresrechnungen 2011**

Die Jahresrechnungen 2011 der Stadt Dinkelsbühl und der Hospitalstiftung wurden in der Stadtratssitzung gemäß der Gemeindeordnung festgestellt.

## **Stadtwerke: Jahresbericht und -abschluss 2011 und städt. Kapitaleinlage für Bäder**

Der von einem Wirtschaftsprüfer geprüfte Abschluss 2011 der Stadtwerke wurde festgestellt und wird nun öffentlich bekannt gemacht. Für den Jahresabschluss 2012 wurde wieder der bisherige Wirtschaftsprüfer beauftragt.

Die jährlichen Verluste der Bäder werden durch eine Kapitaleinlage der Stadt kompensiert. 2011 sind dies 458.043 Euro. Werner Lechler, kaufmännischer Werkleiter, erklärte auf eine Wortmeldung von Paul Beitzer (SPD) hin, dass nicht alleine die Kosten für Investitionen, sondern die steigenden Energiepreise für einen Verlust entscheidend seien. Über die Entwicklung der Sauna-Besucherzahlen wage man noch keine Prognose.

## **Änderung Flächennutzungsplan für die Errichtung einer Bürgerwindkraftanlage**

Die Dorfgemeinschaft Burgstall, Rothof, Ober- und Unterradach, Waldhäuslein und Pulvermühle beabsichtigen die Errichtung einer Bürgerwindkraftanlage mit einer Gesamthöhe von knapp 150 Metern auf dem Grundstück Flur-Nr. 256 der Gemarkung Waldhäuslein.

Das gemeindliche Einvernehmen hierzu erteilte der Bauausschuss bereits im Mai. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung die Änderung der Fläche im Flächennutzungsplan als „Sonderfläche Windkraft“ beschlossen. Die Fortschreibung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit anderen Änderungen.

OB Dr. Hammer führte auf Nachfrage von Gerhard Zitzmann (B90/DieGrünen) aus, dass die Abstandsfläche zur Wohnbebauung mindestens 500m betragen muss und auch vom Landratsamt als Genehmigungsbehörde geprüft wird. Die eigene Vorgabe der Stadt Dinkelsbühl einen Mindestabstand von 800m zur Wohnbebauung einzuhalten, komme in Zukunft zum Tragen, findet aber bei diesem „Altfall“ keine Berücksichtigung mehr.

## **Gewächshausanlagen geplant: Antrag zur Aufstellung eines Bebauungsplans**

Der Gemüsebaubetrieb Scherzer aus dem Knoblauchsland beantragt für die Ansiedlung von Gewächshausanlagen mit Infrastruktur auf ca. 11 Hektar im Businesspark Waldeck, vor allem auf der Fläche der Bay. Staatsforsten, die Aufstellung eines vorhabensbezogenen Bebauungsplans. Die Kosten des Verfahrens sowie der Erschließungsmaßnahmen sind vom Antragssteller zu tragen.

Der Bebauungsplan ist zeitnah nötig, weil nur dann der etwaige Waldflächenankauf von den Bay. Staatsforsten mit Wertermittlung und Rodung bis zum vorgegebenen Monat März

realisiert werden kann. Im Frühsommer nächsten Jahres soll der Spatenstich sein. Es wird mit einer Bauzeit von einem Jahr gerechnet.

Scherzer ist mit drei weiteren im Landkreis ansässigen Betrieben im Bieterverfahren der KSV. Die Nutzung der Abwärme, die über eine neue Fernwärmeleitung gewährleistet werden würde, ist der entscheidende Grund für die Standortanfrage Waldeck. Regenwasser wird über die Dachflächen aufgefangen, in Tröpfchenbewässerung genutzt und danach gleich wieder dem Kreislauf zugeführt, so der technische Leiter der Stadtwerke Andreas Karl auf Nachfrage von Elke Held (SPD). Gerhard Zitzmann (B90/DieGrünen) gab zu bedenken, dass die Rodung von 10 Hektar höherwertigen Wald ein zu hoher Preis ist, zumal die Stadt Dinkelsbühl laut einer Regelung der Bay. Staatsforsten die gleiche Menge an städtischen Wald an die Bay. Staatsforsten verkaufen muss. Heinrich Schöllmann (CSU) und Paul Beitzer (SPD) wiesen darauf hin, dass die Waldfläche grundsätzlich zunimmt. Die Waldfläche der Stadt und der Hospitalstiftung umfasst 1.800 Hektar, ergänzte Bernd Lober (SPD). Den ökologischen Ausgleich für den Eingriff in die Natur kann der Antragssteller mittels einer Einzahlung auf das Ökokonto der Stadt oder mit der vorgegebenen Natur- und Umweltschutzmaßnahmen umsetzen.

OB Dr. Hammer bekräftigte, dass der Stadt alles andere als eine Waldfläche lieber gewesen wäre, aber die Topographie, die gewünschte Mindestgröße und die Tatsache, dass einige Eigentümer ihre Grundstücke nicht zum Verkauf gestellt haben, was man akzeptieren muss, schließen einen Alternativ-Standort aus. Grundsätzlich war der Tenor aus allen an der Diskussion beteiligten Fraktionen positiv, zumal 50 Arbeitsplätze geschaffen werden, mit Gewerbesteuerereinnahmen zu rechnen ist, die Fläche bereits im Flächen-nutzungsplan mit Erstellung im Jahr 2002 als Erweiterung ausgewiesen ist und die Abwärmenutzung der KSV wirtschaftlich und auch ökologisch sehr zu begrüßen ist. Mit zwei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen wurde der Aufstellung eines vorhabensbezogenen Bebauungs-plan zugestimmt.



*Der Gemüsebaubetrieb Scherzer plant im Businesspark Waldeck westlich der Kreisstraße AN 43 in drei Bauabschnitten ca. 11 Hektar Gewächshausanlagen zu errichten.*

## **Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm**

Kämmerer Günter Pomp teilte in der Stadtratssitzung mit, dass Kosten von 765.000 Euro für die Baumaßnahmen Jugendherberge, Stadtmühle, Ellwanger Straße, äußere Dr.-Martin-Luther-Straße und private Sanierungsmaßnahmen zur Aufnahme für das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm 2013 angemeldet wurden.

## **Vergabe der Tiefbauarbeiten**

In der Sitzung wurde beschlossen, dass die Tiefbauarbeiten (Straßenunterhalt, Wasserrohrbrüche etc.) für die Stadt und für die Stadtwerke im Jahre 2013 von der Firma Konrad Engelhardt aus Botzenweiler mit einem Auftragsvolumen von 209.713 Euro erledigt werden.

## **Ehemalige Hausmülldeponie**

Die ehemalige Hausmülldeponie „Am Kesselwald“ muss mit einer Erdabdeckung versehen und rekultiviert werden. Die Firma Dauberschmidt bekam den Auftrag hierfür in Höhe von 610.788 Euro, sofern das Landratsamt das angebotene Verfahren der Firma für unbedenklich hält. Für das Jahr 2013 sollen 150.000 Euro verbaut werden und dann Jahr für Jahr in den Haushalt gewisse Summen eingestellt werden.

## **Tätigkeitsbericht des Rechnungsprüfungsausschuss**

Vorsitzender Robert Tafferner (B90/ DieGrünen) erläuterte die Tätigkeit der Rechnungsprüfer für das Jahr 2011. U.a. bittet er die Verwaltung, dass sie sich dafür einsetzt, dass Kosten von Nachbesserungen beim Breitband in Oberhard vom Anbieter getragen werden. Er lobte die finanzielle Unterstützung der Stadt für die Kindertagesstätten, so dass im Jahr 2011 440 Plätze für eine ausreichende Kinderbetreuung gesorgt hätten. Zudem wertete er die Einhaltung des Kostenrahmens und die steten Informationen zu den abgeschlossenen und aktuellen Baustellen Heilig-Geist-Kirche und Stadtmühle äußerst positiv. Auch verdient die Vorgehensweise bei der Sanierung des Inselwegs Anerkennung, so Tafferner. Er unterstrich in seinem Bericht die Dringlichkeit der Errichtung (Schwedenwiese) und der Sanierung (Spitalhof) der öffentlichen Toilettenanlagen. Der Bau des Bewegungsparcours sei wichtig und richtig gewesen, hätte jedoch leider ein über den Stadtratsbeschluss hinaus hohes finanzielles Engagement der Stadt verursacht. Trotz sehr hoher Mietrückstände würdigte Tafferner die soziale Verantwortung der Vermieter Stadt und Hospitalstiftung.